

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 5. Juni 2013

3984. 2013/157

Dringliches Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Thomas Wyss (Grüne) vom 17.04.2013:

Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Bau einer richtigen Siedlung statt eines Containerdorfs

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Matthias Probst (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3871/2013): In Containersiedlungen ist es grundsätzlich eng, und eine Aufstockung auf vier bis fünf Etagen scheint mir eine Zumutung zu sein. Statt einer Containersiedlung soll deshalb der Bau eines richtigen Gebäudes geprüft werden. Wir wollen nicht, dass das Verfahrenszentrum aussieht wie ein Gefängnis. Den Leuten soll eine vernünftige Lebensqualität ermöglicht werden. Angesichts des ambitiösen Terminfahrplans des Stadtrats könnten anfangs durchaus noch Container, evt. an anderen Standorten, eingesetzt werden. Der Vorschlag vonseiten der Halter AG, wonach zusätzlich zum Bundesasylzentrum auch noch 200 günstige Wohnungen auf dem Areal Platz finden könnten, ist insofern wertvoll, als er etwas zur Diskussion über die Möglichkeiten beiträgt. Ein Kontingent von 500 Personen kommt übrigens nur für sechs Städte in Frage, wo überhaupt eine politisch tragfähige Lösung gefunden werden kann. In der Zürcher Bevölkerung ist Akzeptanz und eine Willkommenskultur spürbar. Die von der Asylgesetzrevision angeregte Zentrumspolitik unterstütze ich nicht, aber wenn man schon so etwas macht, dann wenigstens richtig.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Das Postulat beruht auf einem Grundlagenirrtum. Wir sind bereit, den Bund bei der Beschleunigung der Verfahren zu unterstützen. Dazu werden wir eine gute, menschliche Infrastruktur sicherstellen. Uns ist klar, dass ein Zielkonflikt besteht. Die Stadt hat in den letzten Jahren aber bewiesen, dass sie mit schwierigen Situationen gut umgehen kann. Was wir zur Verfügung stellen, ist ein temporäres Asylzentrum, d. h. es befindet sich auf einem Areal, das die Stadt in Zukunft wahrscheinlich selber brauchen wird. Eine definitive Verbauung würde deshalb keinen Sinn machen. Die bauliche Gestaltung muss also der temporären Nutzung entsprechen. Schlecht sind Containersiedlungen jedenfalls nicht. Der Geschäftsbericht der AÖZ ist übrigens nicht geheim, und sie muss auch nicht mit Aufträgen alimentiert werden. Aus der Bevölkerung habe ich sehr viel Zuspruch erfahren, seit das Projekt bekannt ist. Das Postulat wäre aber nicht hilfreich und würde denjenigen in die Hände spielen, die alles verzögern wollen.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Oliver Dogwiler (SVP): *Es ist Sache des Bundes, zu entscheiden, wie viel Steuergelder für den Bau von solchen Asylzentren verwendet werden sollen, insbesondere, weil sich die Stadt finanziell nicht daran beteiligen wird. Aus ökologischen Gründen würde es zwar durchaus Sinn machen, mit diesen Geldern etwas Nachhaltiges zu erstellen – darum geht es den Postulanten aber nicht. Sie finden, eine Containersiedlung würde ein falsches Signal an die Asylbewerber darstellen und ihnen kein «gemütliches Zuhause» bieten. Bei einem Asylzentrum handelt es sich aber gerade nicht um ein Zuhause, sondern um eine temporäre Unterkunft. Der grösste Teil der Asylsuchenden wird abgewiesen und nach Hause geschickt werden. Vor diesem Hintergrund rechtfertigt sich ein gemütliches Zuhause erst recht nicht. Die Postulanten begründen nicht näher, warum ein temporärer Verbleib in einem Containerareal menschenunwürdig sein soll. Leute, die wirklich einen Asylgrund haben, werden für eine solche Unterkunft jedenfalls sehr dankbar sein.*

Tamara Lauber (FDP): *Auch die FDP lehnt das Postulat ab. Es handelt sich um ein befristetes Zentrum, und für eine Aufenthaltszeit von höchstens 120 Tagen genügt es, wenn an Leib und Leben gefährdete Personen ein Dach über dem Kopf haben, zu essen bekommen und medizinisch versorgt werden. SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga kämpft an vorderster Front für die Asylgesetzrevision, daher erstaunt es mich, dass die Zürcher SP die Revision ablehnt. Die Umsetzung der Beschleunigung ist nicht nur für uns, sondern auch für die Betroffenen sehr wichtig.*

Sylvie Fee Matter (SP): *Wir sind nicht glücklich über die engen Platzverhältnisse in den Asylzentren. Daran ändert sich aber nichts, wenn die Wände aus Stein, statt aus Stahl und Gipsplatten sind. Eine feste Siedlung ändert auch nichts an der z. T. sehr langen Aufenthaltszeit in den jetzigen Asylzentren. Das Postulat löst die vielen Probleme rund um die Asylzentren nicht. Der Vertrag geht über 15 Jahre, was nachher kommt, weiss heute niemand. Es ist nicht sinnvoll, heute schon festzulegen, was dereinst auf diesem Areal stehen soll. Kommt hinzu, dass der Bau einer festen Siedlung einschliesslich des Wettbewerbs lange dauert. Das Verfahrenszentrum sollte aber nicht unnötig verzögert werden. Wir lehnen das Postulat ab.*

Mauro Tuena (SVP): *Ursprünglich ist die Idee auf eine Immobilienfirma zurückzuführen. Herr Waser, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das Quartier dieses Asylzentrum – in welcher Form auch immer – einfach nicht will. Quartier- und Gewerbeverein sowie verschiedene politische Kreisparteien stellen sich dagegen. Vereinsarbeit wird aber offenbar immer nur so ausgelegt, wie man es gerade gern hätte. Für uns ist klar, dass an diesen Ort kein Asylzentrum gehört, umso weniger wollen wir einen Luxusbau, der dann für immer bestehen bleibt und stetig mehr Asylbewerber anlockt. An Leib und Leben Gefährdete werden dankbar sein für eine Containerunterkunft, die dann aber hoffentlich nicht in Zürich stehen wird. Der Stadtrat lehnt das Postulat nur wegen der längeren Bauzeit ab und nicht etwa, weil er tatsächlich etwas Provisorisches anstrebt. Der Vorstoss ist auch deshalb abzulehnen, um zu zeigen, dass ein Bundesasylzentrum in einem aufstrebenden Stadtquartier nichts verloren hat.*

Karin Weyermann (CVP): Wir lehnen das Postulat ab. In diesem temporären Bundeszentrum sollen die kürzeren Asylverfahren getestet werden. In 15 oder 10 Jahren soll wieder über die Verwendung des Areals diskutiert werden können.

Marc Bourgeois (FDP): Was für unsere Schülerinnen und Schüler sowie für unsere Soldaten reicht, soll für Asylbewerber nicht mehr genügen? Wer ein bisschen herumgereist ist, weiss, dass jede Unterkunft, die wir Leuten aus Drittweltländern bieten, ein Luxus ist. Im Wissen, dass ein Grossteil dieser Leute ohnehin wieder ins Herkunftsland zurück muss, gibt es keinen Grund, ihnen noch mehr Luxus zu bieten. Absolut nicht mehr nachvollziehbar ist für mich auch die Absicht, den Asylbewerberinnen und -bewerbern sogar noch eine Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Ich frage Stadtrat Martin Waser: Glauben Sie wirklich, dass das Zentrum in 15 Jahren wieder weg ist? Von mir aus können wir gern eine Wette abschliessen.

Roger Liebi (SVP): Gemäss Stadtrat Martin Waser sind der Jahres- und der Geschäftsbericht der AOZ nicht geheim, sodass ich nun doch daraus zitieren kann. In der Risikobeurteilung der AOZ zum Jahresbericht 2012 heisst es: «Bei rückläufigen Zahlen im Asylbereich und möglichen finanziellen Kürzungen könnte es in einzelnen Aufgabenbereichen der AOZ zu einem betriebswirtschaftlich notwendigen Leistungsabbau und einer Überkapazität von Wohnraum kommen. Eine weitere gesellschaftliche Diskreditierung des Asylwesens durch negative Berichterstattung kann sich negativ auf die Akquisition von Programmen, Kursen und Wohnraum auswirken.» Vor diesem Hintergrund ist das letzte Votum von Stadtrat Martin Waser schlicht falsch.

Walter Angst (AL): Wenn ich Stadtrat Martin Waser richtig verstanden habe, wurde das Projekt auf 15 Jahre befristet, damit man in 10 Jahren evaluieren kann, wie das Areal dauerhaft öffentlich genutzt werden soll. Bisher dachte ich, auf dem Areal sei eine Konzentration der polizeilichen Nutzung, die nicht in der Innenstadt gebraucht wird, vorgesehen. Die Projektdauer von 15 Jahren hat mich deshalb erstaunt. Ich bitte den Stadtrat um Erklärung, schliesslich ist die längerfristige Verwendung des Areals insbesondere im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat von Relevanz.

Thomas Wyss (Grüne): Die 15 Jahre sind wahrscheinlich auf die Lebensdauer der Baracken zurückzuführen. Aus diesem Grund haben wir auch den Vorstoss eingereicht. Die Halter AG hat uns ihre Unterstützung übrigens ganz überraschend zugesagt, es bestehen keine Beziehungen zwischen uns. Eine feste Siedlung fordern wir sicher einmal, weil sie eine bessere Aufenthaltsqualität verspricht, was zu einem friedlicheren Zusammenleben beitragen wird. Etwas Festes würde auch Doppelnutzungen in Zeiten tieferer Auslastung ermöglichen. Zudem ist ein fester Bau nachhaltiger und – auf die gesamte Lebensdauer gesehen – günstiger. Einer Volksabstimmung über ein solches Bundesverfahrenszentrum kann in Zürich gelassen entgegengesehen werden, sie wäre sogar wünschenswert.

Gerhard Bosshard (EVP): Dem vorgängigen Postulat hat die EVP zugestimmt in der Überzeugung, dass in dieser Sache eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und

4 / 4

Bund wichtig ist. Wir sind aber auch der Meinung, dass Container ein Ausdruck für Vorläufigkeit und Geschwindigkeit sind. Das Hauptziel, nämlich ein- bis höchstens zweimonatige Verfahren, soll nicht schon begraben werden, bevor das Bundesverfahrenszentrum überhaupt eröffnet ist. Deshalb können wir dieses Postulat nicht unterstützen.

STR Martin Waser: *Zum Votum von Roger Liebi (SVP) möchte ich anmerken, dass die AOZ ein Unternehmen ist, das im Markt bestehen und Dritten eine gewisse fachliche Kompetenz anbieten muss. Risiko- und Chancenanalysen gehören natürlich zu einem solchen Unternehmen. Zur Frage von Walter Angst (AL): Die Amortisation ist sicher ein wichtiger Punkt. Ein weiterer Grund ist, dass es sich beim Areal um eine strategische Reserve der Stadt handelt, die wegen einer Baulinie im Moment gar nicht fest bebaut werden kann. Dafür besteht aber auch gar kein Bedarf; es ist wichtig, dass das Areal nach einer Bereinigung der Baulinie wieder frei wird. Das Areal bietet sich für die vorgesehene Nutzung bestens an.*

Das Dringliche Postulat wird mit 20 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat